

MEINUNG

Warnstreiks der IG Metall

Heute Morgen benachrichtigten uns erste Unternehmen, dass die IG-Metall im Zeitraum von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr zu Warnstreiks aufgerufen hat. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, zudem die Unternehmen noch davon ausgehen mussten, ihre Arbeitnehmer an Gründonnerstag und Karsamstag unter Fortzahlung der Vergütung von der Arbeitsleistung freizustellen. Nach Schätzungen von Gesamtmetall hätten diese arbeitsfreien Tage ca. 4,5 Milliarden Umsatzverlust zzgl. 1 Milliarde Entgeltfortzahlungskosten bedeutet. Gleichzeitig befindet sich die Industrie nach wie vor sowohl in einer konjunkturell ernsten Lage als auch in einem strukturellen Umbruch. Es ist nach wie vor unklar, wie und ob diese Herausforderungen bewältigt werden.

In einem solchen Moment zu Warnstreiks aufzurufen, hilft der Gewerkschaft weder in den laufenden Tarifverhandlungen noch wird die IG-Metall öffentliche Sympathie gewinnen.

Nach dem tatsächlich gelungenen und angemessenen Tarifabschluss im letzten Jahr, hat die IG-Metall in dieser Tarifrunde eine bemerkenswerte Realitätsferne entwickelt. Schon bei der Aufstellung der Forderung in Form einer Entgelterhöhung um bis zu 4 % sind tatsächliche Wirtschaftsdaten, wie die tatsächliche Inflationsrate oder die stagnierende Produktivität ignoriert worden. Da die Forderung nicht aus Wirtschaftsdaten abgeleitet werden kann, wird als Begründung angeführt, dass die Beschäftigten seit 2018 keine Erhöhung mehr erfahren hätten (Was nicht stimmt, wenn wir die T-Züge berücksichtigen).

Die wirtschaftlichen Tatsachen und die Situation der Unternehmen werden ignoriert und es wird nach dem Motto gehandelt es kann nicht sein, was nicht sein darf! Natürlich gibt es Unternehmen, die nach wie vor Gewinne erwirtschaften. Dort finden wir aber kein Maß für flächendeckende Lösungen.

Wenn Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände es nicht mehr schaffen, die Lebenswirklichkeit in ihren Tarifergebnissen abzubilden und einen zukunftsweisenden Interessenausgleich zwischen den Beschäftigten und den Unternehmen zu vereinbaren, befindet sich die Sozialpartnerschaft in einer bedrohlichen Existenzkrise.

Das durch einen Warnstreik in dieser Situation gesetzte Zeichen, ist niemandem zu erklären und fördert das für eine Partnerschaft existenzielle Vertrauen in keinster Weise. Immer bürokratischere Tarifverträge und Forderungen nach mehr Einfluss auf unternehmerische Freiheiten verstören unsere Mitglieder und schrecken sie ab. Eine Zukunft dürfte dieser Weg nicht haben.

Noch ist es aber nicht zu spät. Es muss kurzfristig gelingen, einen weiteren Abschluss zu vereinbaren, der die Sorgen der Unternehmen und der Beschäftigten gleichermaßen berücksichtigt. Alles andere wäre eine Bankrotterklärung der Sozialpartnerschaft.

Dortmund, 24. März 2021

Ernst-Peter Brasse
Geschäftsführer